Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 23. Donnerstag, 28. Januar 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis,** gegen Vorausbezahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 85 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Dr. Luther stellt die Vertrauensfrage.

Die zweite Lutherrede.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Berlin, 27. Januar. Die Stimmung im Ballotthau zu Beginn der großen Aussprache über die Regierungserklärung unterschied sich in nichts von der Teilnahmlosigkeit, die die Programmerklärung Dr. Luthers am vorhergehenden Tage begleitete. Der erste Eindruck des beabsichtigten deutschnationalen Mißtrauensantrages war verflogen und auch die abwartende Haltung der Sozialdemokraten gab die Gewißheit, daß heute sich nichts ereignen würde, was zu einer Ueberraschung Veranlassung gäbe. Ein gewisses Aufsehen erregte es zwar, daß die Wirtschaftliche Vereinigung in ihrer heutigen Fraktionssitzung sich darüber schlüssig geworden sein soll, das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen zu unterstützen. Da man andererseits aber wieder hörte, daß dieses Vorhaben der Wirtschaftlichen Vereinigung doch noch nicht so ganz fest stehe, und daß anscheinend doch verschiedene Mitglieder dieser kleinen Fraktion bei der Abstimmung eigene Wege gehen würden, so konnte man feststellen, daß ein Ereignis, das das Abstimmungsergebnis beeinflussen könnte, noch nicht eingetroffen war.

Auch das Plenum im Sitzungssaal zeigte in seiner schwachen Besetzung die Gleichgültigkeit, mit der man der großen Aussprache entgegensah. Die Rede **Hermann Müllers,** die die präzisen Anfragen an die Regierung enthalten sollte, vermochten nicht das Interesse auch nur einigermaßen zu fesseln. Angesichts der noch ungeklärten Haltung der Sozialdemokratischen Partei vermied es ihr Vorsitzender, allzu starke Farben, weder in schwarz noch in weiß, aufzulegen.

Erst die Ausführungen **Graf Westarps** brachten etwas Leben in das Haus. Auch seine Rede war sachlich und ruhig gehalten und vermied es, durch allzuscharfe Betonungen und Ausfälle die geruhsame Stimmung aufzupeitschen. Wenn sie aber auch in der Form sich durchaus konziliant verhielt, so legte sie doch in scharfen Umrissen den deutschnationalen Standpunkt klar. Vermied es gestern der Reichskanzler, sich allzu eingehend mit den außenpolitischen Fragen zu beschäftigen, so gab heute Graf Westarp ein sehr detailliertes Programm der Auslandspolitik bekannt, wie seine Partei es wünscht. In den Vordergrund stellte er den Besatzungs-Skandal und dann den in letzter Zeit so stark propagierten voraussetzungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, zwei Fragen, die, wie er mit Recht behauptete, in unmittelbarster Verbindung mit einander stehen. Daß nach den trüben Erfahrungen, die Deutschland in der letzten Zeit durch die Nichterfüllung der Voraussetzungen und Rückwirkungen gemacht hat, er und seine Partei den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund für untragbar halten, ist selbstverständlich.

Es durfte daher einigermaßen überraschen, daß **Reichskanzler Dr. Luther** sich nach Beendigung der Westarp-Rede veranlaßt zu sehen glaubte, im verhältnismäßig scharfen Ton seine Einstellung und die Einstellung seines Kabinetts gegenüber der deutschnationalen Ansicht zu verteidigen. Der Reichskanzler war sichtlich erregt. Man sah, daß seine Worte vom Impuls getragen waren, wenn man auch die außerordentlich schwierige Lage, in der sein zwischen den beiden mächtigen Flügelgruppen eingeklemmtes Kabinett sich befindet, anerkennen muß, so wäre es unseres Erachtens vom Reichskanzler doch taktisch klüger gewesen, die allzu große Schärfe, die seine Rede zeigte, zu vermeiden. Durch seine Ausführungen dürfte die rechte Oppositionspartei in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Kabinett nur einen Ansporn sehen, diese Opposition auch weiterhin kräftig durchzuführen. Die bedauerliche Folge der deutschnationalen Haltung wird aber nur den verstärkten Einfluß der sozialdemokratischen Forderungen auf das künftige Arbeitsprogramm der Regierung mit sich bringen. Das ist die bedauerliche Erkenntnis, die man aus der heutigen großen Aussprache aus dem Reichstag mit nach Hause nehmen muß.

In seiner zweiten Rede hat Dr. Luther klar zu erkennen gegeben, daß **er sich nur mit einem unzweideutigen Vertrauensvotum zufrieden erklären könnte.** Diese Feststellung wird gerade im sozialdemokratischen Lager nicht mit allzu großer Freude aufgenommen worden sein. Zwingt sie doch die Fraktion, in ihrer Stellungnahme zum Kabinett Dr. Luther klipp und klar Farbe zu bekennen. Sie wird sich überlegen müssen, daß bei dem Stimmenverhältnis, das zurzeit allerdings nur sehr schwach zu erkennen ist, eine Stimmenthaltung der Fraktion der jungen Regierung das Leben kosten könnte. Nominell verfügt das Kabinett in seiner parlamentarischen Grundlage über 171 Stimmen. Die Deutschnationalen, die Völkischen und die Kommunisten, also die unbedingte Opposition, liefern 170 Stimmen. Die wirtschaftliche Vereinigung ist sich noch nicht über ihre Haltung bei der Abstimmung klar. Rechnet man die Hälfte ihrer Stimmen zur Koalition und die andere Hälfte zur Opposition, dann wird das Bild, das die beiden gegenüberstehenden „Ja"- und „Neinparteien" bieten, auch nicht verändert. So kann unter Umständen ein einziger Keuchhusten bei den Deutschnationalen oder ein Schnupfen bei den Demokraten das ganze Kabinett zusammenstürzen lassen. Die Sozialdemokraten müssen also, wenn sie den Weiterbestand der Regierung wünschen, wohl oder übel einige Stimmen ins Lutherlager entsenden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. Januar.

Die Parteien zur Regierungserklärung.

(Fortsetzung und Schluß.)

Abg. Graf Westarp (Dnat.)

lehnt die Illusionspolitik der Reichsregierung hinsichtlich des Völkerbundes ab. Die Deutschnationalen hätten nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie diese Völkerbundspolitik nicht mitmachen können. Die Regierung habe jetzt noch freie Hand und könne immer noch dem Völkerbund fernbleiben. **Jedenfalls müssen vor einem Eintritt in den Völkerbund bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Das gilt besonders von der Besatzungsfrage. Alle Parteien sind darin einig, daß die bisherige Verminderung der Besatzung absolut unzureichend ist. Klarheit müsse auch geschaffen werden über die Auslegung des Locarno-Vertrages.** Im Gegensatz zu der richtigen deutschen Auslegung meint die Gegenseite noch immer, der Pakt bedeute den ewigen Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen. Vor einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müsse die deutsche Auslegung anerkannt werden. Ferner müsse gefordert werden eine Neuregelung des Verfahrens bei Völkerbundsexekutionen, die Zurücknahme der Kriegsschuldlüge und der kolonialen Schuldlüge, Garantien für den Schutz deutscher Minderheiten im Ausland, vollständige Beseitigung der Militärkontrolle, Aufhebung der im Luftfahrtwesen über Deutschland verhängten Beschränkungen. Auf der Abrüstungskonferenz sollte der deutsche Vertreter die ungerechte Ausnahmebehandlung kennzeichnen, die Deutschland durch den Versailler Vertrag zuteil wird. (Beifall rechts.) Bei Annahme des deutschnationalen Antrages würde das Mißtrauen gegen die Regierung fortfallen. **Der Redner lehnt die Politik des Außenministers Dr. Stresemann ab.** Es sei überhaupt bedenklich, wenn ein Parteivorsitzender zugleich Außenminister sei. Die Erfüllungspolitik, die unter dem Einfluß der Sozialdemokratie getrieben wurde, habe Deutschland immer mehr ins Elend gebracht.

Der Redner **kritisiert dann die Zusammensetzung des Reichskabinetts,** das eine **nach links eingestellte Parteiregierung** sei. Herr Marx sorge dafür, daß die Fäden zu den Sozialdemokraten nicht abgerissen werden. Er sei wie Dr. Külz ein ausgesprochener Reichsbannermann. Der Redner **fordert die Aufhebung des Republikschutzgesetzes und warnt vor einer parlamentarischen Kabinettsjustiz in der Frage der Fürstenabfindung.**

Der Redner schließt mit der Erklärung, daß **sein Kampf vor allem dem unheilvollen Einflusse der Sozialdemokratie in dem neuen Kabinett** gelte. (Lebh. Beif. rechts.)

Ganz unerwartet nimmt darauf sofort

Reichskanzler Dr. Luther

das Wort. In großer Erregung erwidert er, es treffe durchaus zu, daß noch manche Fragen offen seien. Das liege eben an der schwierigen Situation der Regierung. Wäre eine Mehrheit für die Regierung vorhanden, dann hätten viele Fragen schon programmatisch festgelegt werden können. Jetzt handele es sich einfach darum, **ob der Reichstag dieser Regierung die Möglichkeit zu praktischer Arbeit geben wolle.** Die Regierung der Mitte habe sich zusammengefunden, weil eine Mehrheitsregierung nicht zustande kam. Irgendwie müsse Deutschland schließlich doch regiert werden. (Lachen rechts.) Es sei billig, hier zu lachen, aber den Männern der Regierung sei wirklich nicht zum Lachen zu Mute. **Es handele sich um eine Zeit der ernstesten Not des deutschen Volkes.** Man habe behauptet, es sei keine Regierung der Mitte und sei auch keine neutrale Regierung. Wie solle die Regierung denn anders aussehen. Wenn die Sozialdemokraten Klarheit verlangten, so hätten sie doch selbst die beste Gelegenheit gehabt, diese Klarheit zu schaffen, indem sie eine Regierung der Großen Koalition ermöglichten. Nachdem eine Regierung nach rechts oder links unmöglich war, habe sich diese Notgemeinschaft der Mitte zusammengefunden.

Der Kanzler kommt dann auf den **Vorgang am Schlusse der Dienstagsitzung** zu sprechen, als alle Parteien, die nicht zur Mitte gehören, dem deutschnationalen Antrag zustimmten, die Besprechung der deutschnationalen Forderungen mit der Aussprache zu verbinden. **Es sei nur ein taktischer Vorgang gewesen,** aber er zeige, daß die Regierung eine Mehrheit braucht. **Es sei unmöglich, daß die Regierung in dieser schweren Zeit etwa die Arbeit übernehme, auf der Hintertreppe abgelehnter Mißtrauensvoten. Auf dieser Grundlage,** so erklärte der Reichskanzler zugleich im Namen sämtlicher Mitglieder des Kabinetts, **wolle die Reichsregierung nicht arbeiten.** Ich muß, so fuhr er weiter fort, im Reichstage die ordnungsmäßige Stütze hinter mir haben. Der Reichskanzler wiederholte darauf noch einmal die Erklärung, daß **das Reichskabinett auf eine positive Vertrauenskundgebung nicht verzichten könne.** (Lebh. Beifall i. d. Mitte.) **Wir wollen,** erklärte er weiter, **keine Regierung, die geduldet ist, sondern eine Regierung, die vom Reichstage getragen wird.** Nur auf dieser Grundlage werden wir die Arbeit übernehmen und durchführen. (Beifall i. d. Mitte.)

Der Kanzler erklärt weiter, daß er auf die Einzelfragen aus dem Zettelkasten des Grafen Westarp jetzt nicht eingehen könne. (Beifall i. d. Mitte und links.) **Selbstverständlich werde er die Richtlinien des Vertrages von Locarno einhalten.** (Beifall i. d. Mitte und links.) Es müsse gelingen, die deutsche Stimme so bald als möglich in den Organen des Völkerbundes zur Geltung zu bringen. Es sei zu wünschen, daß **Deutschland so bald als möglich seine Belange im Völkerbund vertreten kann.** Wir werden deutsche Männer hinschicken, die dafür sorgen, daß im Völkerbunde nichts zum Schaden des Vaterlandes geschieht. Auf Einzelfragen könne er jetzt nicht eingehen, so erklärte der Kanzler, weil sie noch im Fluß seien.

Der Kanzler wandte sich dann gegen scharfe Aeußerungen, die gegen Mussolini gerichtet worden waren.

Innenpolitisch werde Dr. Luther dahin streben, wieder das Vertrauensverhältnis des Wählers zum Abgeordneten durch eine Wahlreform herzustellen. Auf dem Gebiete der Wirtschaft müssen die Interessen zur Erhaltung der Wirtschaft mit denen der Notleidenden sorgfältig abgewogen werden. **Ohne ein Vertrauensvotum könne die Regierung aber nicht arbeiten.** (Beif. i. d. Mitte.)

Abg. Heckert (Komm.)

erhält zugleich zu Beginn seiner Ausführungen einen Ordnungsruf wegen beleidigender Aeußerungen gegen die Regierung. **Der Redner lehnt das Kabinett Luther ab.**

Abg. Dr. Heuß (Dem.)

hält die Völkerbundsfrage für erledigt, da wir uns dabei nun einmal in einer Zwangslage befinden. Der Redner tritt dann für die unterdrückten Minderheiten in Südtirol ein. Der Redner teilt mit, daß **die Regierungsparteien folgendes Vertrauensvotum eingebracht haben: „Die Reichsregierung besitzt das Vertrauen des Reichstages."**

Der Redner bedauert die Haltung der Sozialdemokraten, die eine Große Koalition verhindert hätten. Im demokratischen Staate könne es keine Regierung geben, die mit wechselnden Mehrheiten Innen- und Außenpolitik betreibe. Alle staatsbejahenden Parteien sollten sich zusammenfinden, um die Regierung der Mitte zu stützen. Popularität sei in einer Regierung der Rot überhaupt nicht zu erringen.

Der Redner **wendet sich gegen die Kritik,** die an die Verhandlungen zur Regierungsbildung geknüpft wurde. Noch jede Regierungskrise sei von dem Heulen der Wölfe und dem Schnattern der Gänse begleitet gewesen.

Abg. Hampe (Wirtsch. Vereingg.)

hebt hervor, daß das parlamentarische System allmählich zu einer Gefahr und einer Schicksalsfrage für das deutsche Volk geworden sei. **Der Schacher um die Ministerposten sei unerträglich.** Der Redner kritisiert dann die **Preissenkungsaktion der Regierung,** die auf dem Rücken des Mittelstandes ausgetragen werden solle. Er warnt vor übertriebenen Forderungen der Bodenreformer im Siedlungswesen. Der Reichskanzler habe bei seiner Erklärung Verbeugungen nach rechts und links gemacht, aber **dem Handwerk zeige er dauernd seine Abneigung.** Die Wirtschaftliche Vereinigung halte an ihrer sachlichen Opposition fest.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

Schluß nach 6 Uhr.

•

Fraktionssitzungen im Reichstag.

vdz. Berlin. Die **sozialdemokratische Fraktion** hielt nach der Plenarsitzung des Reichstags Mittwochabend noch eine kurze Fraktionssitzung ab, in der sie lediglich einen Bericht des Fraktionsvorsitzenden über die Lage im Reichstag entgegennahm. Eine Aussprache knüpfte sich daran nicht. Die Entscheidung der Fraktion über die Abstimmung zur Regierungserklärung wird erst in der Fraktionssitzung fallen, die für Donnerstag vormittag angesetzt ist.

Die **bayerische Volkspartei** hat sich in ihrer Fraktionssitzung entschlossen, in der weiteren Debatte nicht mehr das Wort zu nehmen, es sei denn, daß noch besonderer Anlaß durch die Debatte gegeben sein würde.

Der bevölkerungspolitische Ausschuß des Reichstags vertagte sich auf Donnerstag, ohne irgend welche Beschlüsse zu fassen.

•

Deutschnationale Interpellation zu den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich.

vdz. Der Abg. **Schlange-Schöningen** (Dnatl.) hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die sich dagegen richtet, daß **Gewächse des Garten- und Obstbaues** zur Einfuhr nach Deutschland aus Frankreich zu **erheblich ermäßigten Zollsätzen eingeführt** werden dürfen. Die Frankeninflation erlaube es Frankreich schon jetzt, die deutschen Märkte mit Schleuderpreisen zu überfluten. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie auf die schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft keine Rücksicht zu nehmen gewillt ist und wie sie die etwa geplanten Maßnahmen zu rechtfertigen gedenke.

Achtung! Lose der Sächs. Landeslotterie erneuern! Ziehung 4. Klasse am 3. und 4. Febr. 26.

SLUB Wir führen Wissen.